

Bald schon kreisen die Kräne wieder

BEVÖLKERUNG Die Stadt wird in diesem Jahr wohl etwas langsamer wachsen. Ein Quartier ist im ersten Halbjahr gar geschrumpft. Doch die Vorzeichen stehen anders.

Winterthur wächst. In den letzten zehn Jahren legte die Bevölkerung um durchschnittlich 1,4 Prozent zu, 2016 sogar etwas stärker. 112 510 Einwohner zählt die Stadt derzeit, mehr denn je. Für das laufende Jahr aber zeichnet sich ab, dass sich die Wachstumskurve abflacht. Seit Anfang Jahr sind lediglich 389 Einwohner dazugekommen. Vorausgesetzt, die Stadt wächst im gleichen Tempo weiter, wären es Ende Jahr lediglich rund 667 Zuzüger. In absoluten Zahlen wäre dies der tiefste Wert seit 13 Jahren, in relativen ohnehin. Zuletzt war das Wachstum im Jahr 2004 geringer, als 430 Personen zuzogen. Vor allem über die letzten zehn Jahre war das Wachstum mit insgesamt rund 13 000 Einwohnern aber rasant.

Eine Trendwende liesse sich aus den aktuell tieferen Zahlen aber nicht ableiten, heisst es bei der Fachstelle Statistik. Das Wachstum kann sich sehr unregelmässig übers Jahr verteilen, wie Desirée Fischer, die Leiterin der Einwohnerkontrolle, bestätigt. Überhaupt seien Bevölkerungsprognosen ein schwieriges Unterfangen. «Wir müssen auch übergeordnete Entwicklungen und Prognosen von Bund, Kanton und Region miteinbeziehen, die aktuelle Bautätigkeit sowie die Ausnutzungsreserven bestehender Bauten.»

Stärkeres Wachstum erwartet
Über die Gründe der aktuellen Baisse will man bei den Fachstellen nicht spekulieren, kündigt aber an, dass man die bisherige Prognose für die nächsten fünf Jahre werde anpassen müssen. Gemäss dem Stadtstatistiker allerdings «eher nach oben». Bisher

ging man davon aus, dass Winterthur bis 2023 gut 118 000 und 2038 knapp 126 000 Einwohner zählen wird.

Ein wichtiger Indikator für das künftige Wachstum ist die erwartbare Bautätigkeit. In der Stadt Zürich war diese im ersten halben Jahr bereits vergleichsweise gross, in Winterthur dürfte sie vor allem in den nächsten Jahren wieder richtig anziehen. Das zeigen Zahlen der Baubranche-Experten von Docu Media. Allein im laufenden Jahr sind in Winterthur Baugesuche für Wohnhäuser im Wert von 412 Millionen Franken eingegangen. Für mehr Geld wurde in den letzten acht Jahren nie gebaut. Die zwei grössten Projekte darunter sind die 165 Wohnungen der Wohnbaugenossenschaft GWG an der Unteren Vogelsangstrasse (65 Mio. Franken) und die 248 Wohnungen auf dem Areal Werk 1 (70 Mio.).

Unattraktives Mattenbach?

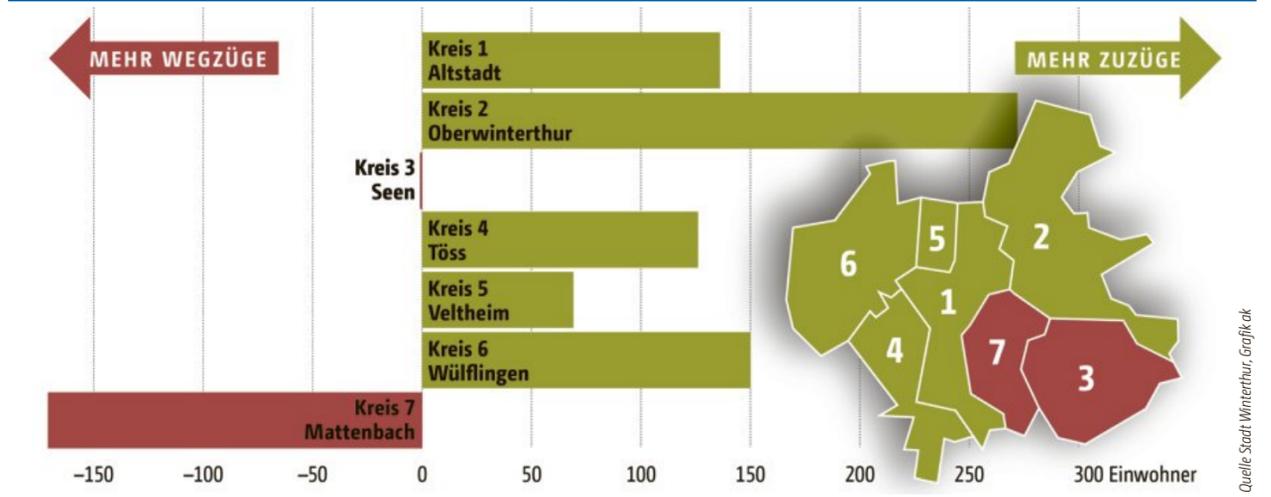
Interessant ist ein Blick in die einzelnen Stadtkreise (siehe Grafik). Während Oberi (+272), Wülflingen (+150) und die Altstadt (+136) wachsen, stagniert Seen (-1) – und Mattenbach schrumpfte im ersten Halbjahr 2017 sogar: minus 171 Einwohner.

Das Echo aus den Mattenbach-Quartiervereinen ist einhellig. «Die Wohnqualität hier hat abgenommen. Abfall, Lärm, Streitereien auf der Strasse: Viele Alteingesessene sind weggezogen, in ruhigere Gegenden», glaubt Marco Oetiker vom QV Pflanzschule-Deutweg. Ähnlich tönt es beim QV Gutschick Mattenbach. Eine gross angelegte Umfrage der Wohnbaugenossenschaften zur Lebensqualität im Grüzefeld-Quartier, wo über 20 Nationalitäten vertreten sind, hatte kürzlich ergeben: Vor allem die Hellhörigkeit der Wohnungen und der Mangel an Waschplätzen hatten zu Konflikten geführt. Grosso modo aber sei man zufrieden. *Till Hirsekorn*



Das Mattenbach-Quartier schrumpfte im ersten Halbjahr 2017 sogar leicht, um insgesamt 171 Einwohner. Blick auf die Zwinglikirche. *Marc Dahinden*

WELCHE STADTKREISE ZULETZT WIE STARK WUCHSEN



Der Streit um die umstrittene Beleuchtungsabgabe geht in eine weitere Runde

WEITERZUG Obwohl politisch bereits tot, bekämpft eine Gruppe die Abgabe zur Finanzierung der Strassenlaternen weiterhin. Nun kommt der Bezirksrat zum Zug.

Kurz vor den Sommerferien teilte der Stadtrat mit, dass er die Einsprachen gegen die Beleuchtungsabgabe ablehnt. «Die rechtlichen Grundlagen für die Abgabe waren gegeben», begründete Stadtrat Stefan Fritschi (FDP) den Entscheid. Trotz Ferienzeit und Abwesenheiten konnten sich die Betroffenen austauschen. Sie einigten sich schliesslich, den Entscheid an den Bezirksrat weiterzuziehen. «Der Stadtrat begründete seinen Entscheid nur sehr knapp, er hat sich mit unserer Argumentation höchstens am Rande auseinandergesetzt. Wir bleiben daher bei unserer Ansicht, dass es widerrechtlich war, die Abgabe zu erheben», sagt Romana Heuberger, ehemalige Verfassungsrätin (FDP) und Sprecherin der Gruppe.

Eine Steuer?

Heuberger bezieht sich auf das Bundesgericht. Dieses habe festgestellt, dass solche Abgaben als Steuern zu qualifizieren seien. Für die Einführung einer solchen sei die Stadt Winterthur nicht zu-



Ist es rechtmässig, dass Stromkunden abhängig von ihrem Verbrauch die kommunale Strassenbeleuchtung finanzieren? Der Bezirksrat soll darüber entscheiden. *Enzo Lapardo*

ständig und es fehle auch an einer genügenden gesetzlichen Grundlage. Die Gruppe kritisiert noch einen weiteren Punkt: Auf diesen «Steuern» werde zusätzlich noch die Mehrwertsteuer erhoben. «Das bedeutet eine weitere Belas-

tung.» Als dritten Grund nennt Heuberger, dass die Abgabe dem Grundsatz widerspreche, wonach die Strassen und damit auch deren Beleuchtung aus dem allgemeinen Gemeindehaushalt zu finanzieren seien.

Zur Vorgeschichte: 2016 mussten die Winterthurer Stromzahler nach einem Entscheid des Gemeinderates eine Beleuchtungsabgabe zahlen. Pro verbrauchte Kilowattstunde Strom fielen 0,68 Rappen an als Beitrag an die öf-

fentliche Beleuchtung auf kommunalen Strassen. So wollte der Stadtrat erreichen, dass die Kosten nicht mehr der Stadtkasse belastet werden.

Gemeinderat kippte Abgabe

Doch die Abgabe stiess bei Juristen auf Kritik. Es gebe keinen ersichtlichen Zusammenhang zwischen Stromverbrauch und Beleuchtung. «Strombezüger profitieren nicht mehr von der Beleuchtung als der Rest der Bevölkerung», sagt etwa René Wiederkehr, Dozent für öffentliches Recht an der ZHAW. Diese Kritik und die laufenden Rechtsmittelverfahren bewogen den Gemeinderat, die Abgabe Ende 2016 auf Antrag der Grünen zu kippen. 2017 wurde die Abgabe bereits nicht mehr erhoben. Und auch künftig will der Stadtrat sie nicht mehr beantragen, wie Fritschi versichert: «Ich habe erkannt, dass die Abgabe politisch keine Akzeptanz findet.»

Künftige Abgaben verhindern

Trotzdem hält die Gruppe am Weiterzug fest. Man wolle verhindern, dass in Winterthur weiter derartige Abgaben erhoben würden, sagt Heuberger. «Deshalb ist es nötig, dass eine unabhängige Instanz prüft, ob die Abgabe rechtmässig ist.» *Mirjam Fonti*

«Der Stadtrat hat sich mit unserer Argumentation höchstens am Rande auseinandergesetzt.»

Romana Heuberger, Sprecherin der Gruppe gegen die Beleuchtungsabgabe